

AMTSBLATT DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

2005	Ausgegeben am 2. Dezember 2005	Nr. 121
-------------	--------------------------------	----------------

Inhalt

Allgemeiner Teil der Bachelor-Prüfungsordnungen der Universität Bremen	S. 977
Allgemeiner Teil der Master-Prüfungsordnungen der Universität Bremen	S. 991

Allgemeiner Teil der Bachelor-Prüfungsordnungen der Universität Bremen

Vom 13. Juli 2005¹

Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat am 14. September 2005 nach § 110 Abs. 1 Nr. 5 des Bremischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 2003 (Brem.GBl. S. 295) den „Allgemeinen Teil der Prüfungsordnungen der Universität Bremen für Bachelorstudiengänge“ in der nachstehenden Fassung genehmigt:

Inhalt

I. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Regelstudienzeit und Studienaufbau
- § 3 Prüfungsaufbau
- § 4 Fristen
- § 5 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
- § 6 Prüfungen und Kreditpunkte
- § 7 Mündliche Prüfungen
- § 8 Klausuren und schriftliche Referate
- § 9 Hausarbeiten, Projektarbeiten und Studienarbeiten
- § 10 Prüfungsvorleistungen
- § 11 Bewertung der Prüfungen, Bildung und Gewichtung der Noten
- § 12 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 13 Bestehen und Nichtbestehen
- § 14 Wiederholung der Prüfungen
- § 15 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 16 Prüfungsausschuss

§ 17 Prüferinnen und Beisitzerinnen

§ 18 Ungültigkeit der Bachelorprüfung

§ 19 Bescheide, Rechtsmittel, Einsicht in die Prüfungsakten

II. Abschnitt

Zwischenprüfung und Bachelorprüfung

§ 20 Zeugnis der Zwischenprüfung

§ 21 Zweck der Bachelorprüfung

§ 22 Gegenstand, Art und Umfang der Bachelorprüfung

§ 23 Bachelorarbeit

§ 24 Kolloquium zur Bachelorarbeit

§ 25 Voraussetzungen für den Abschluss der Bachelorprüfung

§ 26 Zeugnis der Bachelorprüfung und Bachelor-Urkunde

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 27 In-Kraft-Treten und Übergangsregelung

I.

Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

Der Allgemeine Teil der Bachelor-Prüfungsordnungen (AT-BPO) gilt nach Maßgabe von § 27 für alle Bachelorstudiengänge der Universität Bremen. Bei Studiengängen, die gemeinsam mit anderen Hochschulen durchgeführt werden, können Abweichungen vom vorliegenden Allgemeinen Teil genehmigt werden. In den fachspezifischen Prüfungsordnungen werden Regelungen nach Maßgabe dieser Ordnung und der Anhänge zu dieser Ordnung getroffen. Fachliche Grundlage bildet die Empfehlung einer anerkannten Akkreditierungsagentur.

¹ Soweit diese Ordnung auf natürliche Personen Bezug nimmt, gilt sie für weibliche und männliche Personen in gleicher Weise. Dienst- und Funktionsbezeichnungen werden von Männern in der männlichen Sprachform geführt.

§ 2

Regelstudienzeit und Studienaufbau

(1) Die fachspezifische Prüfungsordnung bestimmt die Regelstudienzeit; sie beträgt mindestens sechs und höchstens acht Semester. Die besonderen Bestimmungen für sechs- oder siebensemestrige Studiengänge sind im Anhang 1 geregelt, diejenigen für achtsemestrige Bachelorstudiengänge im Anhang 2². Die Regelstudienzeit schließt Zeiten einer in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit, praktische Studiensemester, Auslandssemester und Prüfungszeiten ein.

(2) Sechsemestrige Bachelorstudiengänge umfassen bis zum Abschluss einen Studienumfang von mindestens 180 Kreditpunkten (CP) nach dem „European Credit Transfer System (ECTS)“ und bestehen aus

- a) einem Fach („Vollfach“ VF) und General Studies (GS) oder
- b) einem Hauptfach (HF) und einem Nebenfach (NF) sowie General Studies (GS) oder dem Professionalisierungsbereich (PB) oder
- c) zwei Fächern jeweils im Umfang eines NF und dem Professionalisierungsbereich.

Sieben- oder achtsemestrige Bachelorstudiengänge mit mindestens 210 oder 240 CP stellen eine Ausnahme dar. Die Fachanteile werden in den fachspezifischen Prüfungsordnungen geregelt.

General Studies werden von Studierenden absolviert, die ein nicht-schulisches Berufsfeld³ anstreben. Der Fachbereich des Vollfachs bzw. Hauptfachs beschließt auch über das Angebot für General Studies.

Der Professionalisierungsbereich wird von Studierenden absolviert, die ein Lehramt an öffentlichen Schulen („schulisches Berufsfeld“) anstreben. Er enthält Fachdidaktik, Schlüsselqualifikationen und Erziehungswissenschaften. Der Fachbereich des Hauptfachs beschließt über Fachdidaktik und Schlüsselqualifikationen, über Erziehungswissenschaften beschließt der Fachbereich Erziehungswissenschaften.

(3) Die fachspezifische Prüfungsordnung regelt die für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen im Pflicht- und Wahlpflichtbereich und legt die zu erwerbenden Kreditpunkte fest; grundsätzlich gilt dabei, dass für Prüfungsinhalte, -fristen, -arten, -verfahren etc. die Prüfungsordnung desjenigen Fachs gilt, das das Modul/die Veranstaltung und die Prüfung anbietet:

- a) Für Studiengänge mit einem VF und GS regelt die fachspezifische Prüfungsordnung die Anforderungen des VF und der GS;
- b) für Studiengänge mit HF, NF und GS oder PB regelt die fachspezifische Prüfungsordnung die Anforderungen des HF und der GS bzw. PB und legt die möglichen NF fest. In einem Bachelor-

programm mit Haupt- und Nebenfach muss die Summe der Kreditpunkte im Hauptfach und in General Studies bzw. Professionalisierungsbereich zusammen mindestens 135 CP betragen; der Umfang eines NF beträgt 45 CP.

- c) die für die NF zuständigen Fachbereiche beschließen die Prüfungsanforderungen für die Nebenfächer; für verschiedene Kombinationen mit HF können für die NF ggf. auch verschiedene Prüfungsanforderungen vorgesehen werden.
- d) für den Bachelorstudiengang „Fachbezogene Bildungswissenschaften“ regelt die fachspezifische Prüfungsordnung die Anforderungen der Fächer und des Professionalisierungsbereichs und legt die möglichen Fächerkombinationen fest. Die Summe der Kreditpunkte im Professionalisierungsbereich beträgt 90 CP.

(4) Die möglichen Nebenfächer sind in Anhang 3 in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, getrennt für das Berufsziel schulisches Lehramt und nicht-schulisches Berufsfeld.

Die fachspezifischen Prüfungsordnungen legen die möglichen Fächerkombinationen für das Berufsziel nicht-schulisches Berufsfeld in der Weise fest, dass nur die Cluster bezeichnet werden, aus denen ein Student jedes NF wählen kann. Im Einzelfall kann ein Student beantragen, für eine Fächerkombination zugelassen zu werden, die in der Prüfungsordnung des Hauptfachs nicht vorgesehen ist; die Zulassung bedarf der Zustimmung der zuständigen Prüfungsausschüsse beider Fächer.

(5) Das Studium ist in Module gegliedert. Ein Modul ist eine Zusammenfassung von Veranstaltungen eines Stoffgebiets, die in einem fachlichen Zusammenhang stehen und eine in sich abgeschlossene beschreibbare Qualifikation vermitteln. Mehrere Module eines größeren fachlichen Gebiets können zu einem Modulbereich zusammengefasst werden.

(6) Die fachspezifische Prüfungsordnung legt Zahl und Inhalt der Module und die nach dem European Credit Transfer System (ECTS) jeweils zu erwerbenden Kreditpunkte fest.

(7) Die fachspezifische Prüfungsordnung kann im Einzelfall Veranstaltungen vorsehen, die nicht in Module eingebunden sind, in denen Kreditpunkte erworben und Prüfungen abgelegt werden.

(8) Die fachspezifische Prüfungsordnung bezeichnet die Prüfungsgebiete im Pflicht- und Wahlpflichtbereich und legt die zu erwerbenden Kreditpunkte fest:

– Veranstaltungen im Pflichtbereich müssen von allen Studierenden eines Studiengangs erfolgreich absolviert werden; ein Pflichtmodul kann aus Wahlpflichtveranstaltungen bestehen, in denen die erforderlichen Kreditpunkte zu erwerben sind.

– Im Wahlpflichtbereich wird den Studierenden die Auswahl aus mehreren Angeboten eröffnet; es muss jedoch eine vorgegebene Zahl von Kreditpunkten aus einem festgelegten Katalog erworben werden.

² Die Anhänge sind formal nicht Bestandteile des Allgemeinen Teils, sondern Vorgaben des Akademischen Senats für die Gliederung und Regelungsinhalte der fachspezifischen Prüfungsordnungen.

³ „Schulisches Berufsfeld“ meint das Lehramt an öffentlichen Schulen aller Schulstufen und -arten; als „nicht-schulisches Berufsfeld“ werden alle anderen Berufsfelder bezeichnet, auch Vermittlungsberufe an privaten oder betrieblichen Schulen usw.

(9) Für die im Rahmen eines Auslandsstudiums zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen gelten vorbehaltlich der Regelungen der fachspezifischen Prüfungsordnung und der zwischen dem Fachbereich und den Partnerhochschulen getroffenen Kooperationsvereinbarungen die jeweiligen Vorschriften der ausländischen Partnerhochschule. Einzelheiten zur Zielsetzung und Durchführung eines Auslandsstudiums werden in der fachspezifischen Prüfungsordnung oder im Falle praktischer Studienanteile in einer Praktikumsordnung geregelt.

§ 3

Prüfungsaufbau

- (1) Die Leistungsüberprüfung geschieht in
- Modulprüfungen; die fachspezifische Prüfungsordnung kann vorsehen, dass Modulprüfungen in mehrere Prüfungsleistungen nach § 6 Abs. 2 geteilt werden,
 - Prüfungen zu nicht in Module eingebundene Veranstaltungen,
 - Prüfungen zu Arbeiten, die auch außerhalb einzelner Module oder Veranstaltungen erbracht werden,
 - Bachelorarbeit ggf. mit Kolloquium über die Arbeit,
 - Prüfungsvorleistungen.

Gegenstand einer Leistungsüberprüfung kann nur sein, was als Inhalt des Studiums durch die Prüfungsordnung bzw. Studienordnung festgelegt ist. Prüfungen werden studienbegleitend abgelegt. Die Prüfungen gemäß b) und c) sollen nur vorgesehen werden, wenn die Art des Studiengangs es erfordert.

(2) Die fachspezifische Prüfungsordnung kann vorsehen, dass bestimmte Module oder Veranstaltungen erst nach erfolgreichem Abschluss anderer Module oder Veranstaltungen belegt werden dürfen, wenn letztere die inhaltliche Voraussetzung für die ersteren darstellen.

(3) Die Kreditpunkte werden erst nach bestandener Prüfung vergeben.

(4) In Bachelorstudiengängen mit einer Regelstudienzeit von 8 Semestern wird eine Zwischenprüfung vor Beginn des 5. Semesters durchgeführt. Die fachspezifische Prüfungsordnung legt fest, welche Module und Veranstaltungen einer Zwischenprüfung gleichstehen. Das Bestehen der Zwischenprüfung ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums. Die fachspezifische Prüfungsordnung legt fest, welche Kreditpunkte erbracht sein müssen, um eine Prüfung im Hauptstudium ablegen zu können, wenn die Zwischenprüfung noch nicht bestanden ist.

§ 4

Fristen

(1) Das Lehrangebot muss so organisiert werden, dass Studierende ihr Studium bis zum Ende der Regelstudienzeit abschließen können. Die geforderten Studienleistungen und Prüfungsanforderungen sind so zu strukturieren, dass Studierende im 6. Studiensemester nach Studienplan bis zum 20. Mai eines Jahres 150 CP bescheinigt bekommen können, um sich für ein Mas-

terprogramm bewerben zu können. Für diesen Fall können abweichend von § 3 Abs. 3 auch dann schon CP eines Moduls bescheinigt werden, wenn das Modul insgesamt noch nicht erfolgreich abgeschlossen ist⁴.

(2) Prüfungen gemäß § 3 Abs. 1 Buchstabe a) und b) müssen in dem Semester, in dem die entsprechende Lehrveranstaltung bzw. ein Modul entsprechend Studienplan endet, einschließlich der folgenden veranstaltungsfreien Zeit erstmalig vollständig erbracht und bewertet werden. Für Prüfungen gemäß § 3 Abs. 1 Buchstabe c) setzen die fachspezifischen Prüfungsordnungen gesonderte Bearbeitungs- und Abgabefristen fest. Fristen für die Wiederholung nicht bestandener Prüfungen regelt die fachspezifische Prüfungsordnung. Die erste Wiederholungsprüfung muss spätestens im folgenden Semester stattfinden.

(3) Die fachspezifische Prüfungsordnung regelt die Bearbeitungsfristen bzw. Abgabetermine. Der verantwortliche Fachbereich stellt durch das Lehrangebot und die Prüfungstermine sicher, dass Prüfungsvorleistungen und Prüfungen in den festgesetzten Zeiträumen abgelegt werden können. Die Kandidatinnen werden spätestens zu Beginn jeder Veranstaltung sowohl über Form und Zahl der zu erbringenden Prüfungsvorleistungen und der zu absolvierenden Prüfungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, informiert.

(4) Bei der Festsetzung der Prüfungsfristen gewährleistet der Prüfungsausschuss, dass im Einzelfall die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen des Erziehungsurlaubs ermöglicht wird.

§ 5

Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die fachspezifische Prüfungsordnung bestimmt Voraussetzungen, Form und Fristen für die Zulassung zu den einzelnen Prüfungen. Mit der Anmeldung sind die Fristen für das Ablegen der Prüfung und ggf. aller Wiederholungen verbindlich; mit der Anmeldung ist anzugeben, für welche Prüfung der Prüfungsordnung die Anmeldung gilt (HF, NF, GS, PB und dabei Wahlpflicht oder Prüfung in einem Zusatzfach gem. § 22 Abs. 3).

(2) Die Zulassung zu einer Prüfung ist zu gewähren, wenn die Kandidatin

- an der Universität Bremen oder einer Universität, mit der ein entspr. Kooperationsabkommen besteht, im betreffenden Studiengang immatrikuliert ist,
- keine Prüfung „endgültig nicht bestanden“ hat,
- sich fristgerecht zu der jeweiligen Prüfung gemeldet hat und
- die Unterlagen über die gegebenenfalls geforderten Zulassungsvoraussetzungen vollständig eingereicht hat.

⁴ Die Modulprüfung muss dann so aus Teilprüfungen bestehen, dass einschließlich der Teilprüfungen 150 CP erbracht sind.

§ 6

Prüfungen und Kreditpunkte

(1) Die Studienordnung und der Studienplan stellen sicher, dass das Lehrangebot nach Inhalt und Umfang den Prüfungsanforderungen entspricht und dass die Studierenden in jedem Studienjahr mindestens 60 Kreditpunkte erwerben können, in der Regel 30 CP pro Semester.

(2) Prüfungen werden in Form von:

1. mündlichen Prüfungen,
2. schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht (Klausuren),
3. schriftlich ausgearbeiteten Referaten,
4. Hausarbeiten,
5. Projektarbeiten,
6. Studienarbeiten,
7. Praktikumsberichten

oder sonstigen nach gleichen Maßstäben bewertbaren Prüfungsleistungen durchgeführt. Die fachspezifische Prüfungsordnung legt die im Fach möglichen Prüfungsformen abschließend fest. Der Prüfungsausschuss kann im Einzelfall auf Antrag einer Prüferin weitere Prüfungsformen zulassen. Modulprüfungen können in mehrere Prüfungsleistungen aufgeteilt werden. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann den Studierenden für die einzelnen Prüfungen verschiedene Prüfungsformen zur Wahl stellen. Die Wahlmöglichkeiten können von der Veranstalterin eingegrenzt werden.

Es sollen in geeigneten Fällen auch Prüfungen mit Unterstützung elektronischer Medien und in elektronischer Dokumentation ermöglicht werden. Studien- und Prüfungsleistungen können gemäß § 59 Abs. 2 BremHG auch durch erfolgreiche Teilnahme an einer anerkannten Fernstudieneinheit nachgewiesen werden.

(3) Prüfungen können in geeigneten Fällen auch durch eine Gruppe von Studierenden in Zusammenarbeit angefertigt werden (Gruppenarbeit), wenn der Beitrag jedes einzelnen Gruppenmitglieds klar erkennbar, abgrenzbar und bewertbar ist. Näheres regelt die fachspezifische Prüfungsordnung.

(4) Bei der Abgabe einer schriftlichen Arbeit, die nicht unter Aufsicht erarbeitet wurde, hat die Studierende schriftlich zu versichern, dass sie die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit die von ihr zu verantwortenden, entsprechend gekennzeichneten Teile - selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quellen kenntlich zu machen.

(5) Prüfungen sind mit Ausnahme von § 7 Abs. 3 nicht öffentlich. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann Ausnahmen zulassen. Eine Vertreterin des Rektors kann an Prüfungen als Beobachterin teilnehmen.

(6) Macht die Kandidatin glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so wird der Kandidatin gestattet, die Prüfungen inner-

halb einer verlängerten Bearbeitungszeit bzw. in einer anderen Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden.

§ 7

Mündliche Prüfungen

(1) Durch mündliche Prüfungen soll die Kandidatin nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Ferner soll festgestellt werden, ob die Kandidatin über ein dem Stand des Studiums entsprechendes Wissen verfügt.

(2) In der mündlichen Prüfung werden Fragen aus dem Themenbereich des Moduls oder einer Veranstaltung behandelt. Im Rahmen einer mündlichen Prüfung können auch Aufgaben in angemessenem Umfang zur schriftlichen Bearbeitung gestellt werden, wenn dadurch der mündliche Charakter der Prüfung nicht aufgehoben wird. Die Dauer der Prüfung wird durch die fachspezifische Prüfungsordnung festgelegt.

(3) Mündliche Prüfungen sind hochschulöffentlich, wenn die Kandidatin nicht widerspricht. Studierende, die sich im gleichen Prüfungszeitraum zu dieser Prüfung gemeldet haben, sind als Hochschulöffentlichkeit nicht zugelassen. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann Ausnahmen zulassen. Die Kandidatin kann in jedem Fall eine Person ihres Vertrauens, die Mitglied der Universität ist, zu einer mündlichen Prüfung und zur Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses hinzuziehen.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Beratung über die Bewertung der Prüfung geschieht unter Ausschluss der Kandidatin und der Öffentlichkeit; das Ergebnis ist der Kandidatin unmittelbar im Anschluss an die mündlichen Prüfungsleistungen bekannt zu geben.

§ 8

Klausuren und schriftliche Referate

(1) In den Klausuren und schriftlichen Referaten soll die Kandidatin nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit mit den gängigen Methoden ihres Faches Aufgaben lösen und Themen bearbeiten kann. Der Kandidatin können Themen zur Auswahl gegeben werden.

(2) Die fachspezifische Prüfungsordnung regelt die Bearbeitungszeiten von Klausuren. Die zugelassenen Hilfsmittel sind bei der Festlegung des Klausurtermins bekannt zu geben.

(3) Ein Referat besteht aus einer schriftlichen Ausarbeitung, einem mündlichen Vortrag und einer Diskussion über den Vortrag in der Lehrveranstaltung. Der Abgabetermin ist bei der Aufgabenstellung festzulegen.

§ 9

Hausarbeiten, Projektarbeiten und Studienarbeiten

(1) Studienarbeiten sind umfangreiche praktische oder theoretische Arbeiten (Erhebungen, Experimente etc.). Sie können auch unabhängig von einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden. Die fachspezifische Prüfungsordnung bestimmt die Bearbeitungszeiten, die unabhängig von den Fristen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 sind.

(2) Eine Hausarbeit ist eine eigenständige und vertiefte schriftliche Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Stoffzusammenhang des Fachs unter Einbeziehung einschlägiger Literatur. Die Bearbeitungszeit beträgt bei Vollzeit-Arbeit an der Hausarbeit maximal drei Monate. Der Abgabetermin ist bei der Aufgabenstellung festzulegen.

(3) Durch Projektarbeiten wird die Fähigkeit zur Entwicklung, Durchführung und Präsentation von größeren Arbeiten im Team gelernt. Hierbei soll die Kandidatin nachweisen, dass sie Ziele definieren sowie interdisziplinäre Lösungsansätze und Konzepte in Zusammenarbeit mit anderen erarbeiten und umsetzen kann. Die fachspezifische Prüfungsordnung bestimmt Inhalt und Form der Projektarbeiten.

(4) Hausarbeiten und Projektarbeiten müssen spätestens bis zum Ende des letzten Semesters des Moduls, in dem sie durchgeführt werden, abgeschlossen sein.

§ 10

Prüfungsvorleistungen

(1) Die Formen der Prüfungsvorleistungen werden, sofern solche vorgesehen sind, in der fachspezifischen Prüfungsordnung geregelt. Der Prüfungsausschuss kann im Einzelfall auf Antrag einer Prüferin weitere Formen zulassen. Den Studierenden können verschiedene Formen zur Wahl gestellt werden. Prüfungsvorleistungen werden benotet oder mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Die Noten dienen der Information der Studierenden über ihren Leistungsstand und werden bei der Festlegung der Modulnote oder Gesamtnote nicht berücksichtigt.

(2) Prüfungsvorleistungen müssen in der Regel bei der Anmeldung von Prüfungen erbracht sein. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann vorsehen, dass Prüfungsvorleistungen erst zum Ende des Moduls/der Veranstaltung erbracht sein müssen, wenn die Prüfungen während des Semesters und nicht am Ende der Veranstaltungen stattfinden. Die Kreditpunkte für das Modul/die Veranstaltung werden erst vergeben, wenn auch die Prüfungsvorleistung erbracht ist.

(3) Die fachspezifische Prüfungsordnung kann für einzelne Veranstaltungen die Wiederholungsmöglichkeiten begrenzen, wenn auf Grund der personellen und sächlichen Ausstattung der Anspruch aller Studierenden auf Teilnahme an der Veranstaltung zu den regelhaft vorgesehenen Zeiten anders nicht erfüllt werden kann.

(4) Die fachspezifische Prüfungsordnung kann für bestimmte Veranstaltungen/Module vorsehen, dass eine zweite oder weitere Wiederholung der Prüfungsvorleistung nur im Rahmen der Wiederholung einer Veranstaltung möglich ist, wenn die Form der Prüfungsvorleistung dies erfordert und nicht durch punktuelle Leistungskontrollen ersetzt werden kann.

(5) § 6 Abs. 6 gilt entsprechend.

§ 11

Bewertung der Prüfungen, Bildung und Gewichtung der Noten

(1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel von zwei Prüferinnen oder einer Prüferin und einer Beisitzerin abgenommen; schriftliche Prüfungen werden in

der Regel von einer Prüferin bewertet. Bei mündlichen Prüfungen muss eine zweite Prüferin oder eine Beisitzerin bestellt werden, wenn die Kandidatin dies beantragt. Eine Prüfung, die für die Kandidatin die letzte Wiederholungsmöglichkeit ist und von deren Bestehen die Fortsetzung des Studiums abhängt, wird auf Antrag der Kandidatin von zwei Prüferinnen oder einer Prüferin und einer Beisitzerin abgenommen bzw. bewertet.

(2) Die Kandidatin kann für Einzelprüfungen Prüferinnen vorschlagen, wenn die Prüfungsform dafür geeignet ist. Das Vorschlagsrecht kann im Rahmen der Veranstaltungsplanung in der Weise eingeschränkt werden, dass nur die lehrenden Dozentinnen die auf die Veranstaltungen folgende Prüfung abnehmen. Die zweite Prüferin oder die Beisitzerin soll im Einvernehmen mit der Kandidatin bestellt werden. Der Prüfungsausschuss soll die Vorschläge berücksichtigen; sie begründen keinen Anspruch. Sofern die vorgeschlagene Prüferin ablehnt, so bestellt der Prüfungsausschuss unverzüglich eine andere Prüferin.

(3) Der Zeitraum für die Bewertung darf vier Wochen nicht überschreiten; in Studiengängen mit großer Zahl von Kandidatinnen kann die fachspezifische Prüfungsordnung eine längere Frist festsetzen.

(4) Prüfungen werden grundsätzlich gem. Absatz 5 benotet. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann für einzelne Prüfungen bzw. Prüfungsformen festlegen, dass sie nur mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet werden, wenn für die zugrunde liegende Leistung der Studierenden eine Benotung nicht machbar oder sinnvoll ist (z.B. Betriebspraktika, Orientierungsveranstaltungen).

(5) Für die Bewertung von Prüfungen und Prüfungsvorleistungen sind folgende Noten zu verwenden, dabei ist die gesamte Notenskala auszuschöpfen:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung,
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt,
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt,
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel nicht mehr den Anforderungen genügt.

Zur Bewertung der Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der Notenziffern um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7 / 4,3 / 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen. Die Gründe für die Bewertung sind bei geeigneten Prüfungsformen der Kandidatin mitzuteilen.

(6) Wird eine Prüfung von mehreren Prüferinnen benotet, errechnet sich die Note der Prüfung aus dem arithmetischen Mittelwert der Noten der einzelnen Prüferinnen auf zwei Nachkommastellen nach den üblichen Rundungsregeln (Beispiel: Eine Note im Intervall 1,415 bis 1,424 wird zu 1,42).

(7) Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Teilprüfungen, so sind auch die Studienleistungen der Teilprüfungen mit Kreditpunkten zu belegen. Die Modulnote wird entsprechend Absatz 8 gebildet.

(8) Die Gesamtnote aller Prüfungen wird folgendermaßen ermittelt: Modulnoten, die Noten von Einzelprüfungen und die Note der Bachelorarbeit gehen in die Berechnung der Gesamtnote mit zwei Stellen nach dem Komma ein. Jede Note wird mit den zugehörigen CP multipliziert. Die Produkte werden addiert. Die Summe wird durch die Gesamtzahl der CP dividiert, die auf Grund benoteter Prüfungen erworben wurden. Nicht benotete Prüfungen werden nicht berücksichtigt. Gesamtnoten werden mit zwei Stellen nach dem Komma ausgewiesen.

(9) Soll die Note von Bachelorarbeit und Kolloquium mit einem anderen Gewicht in die Gesamtnote eingehen als ihr Gewicht nach Kreditpunkten, so kann die fachspezifische Prüfungsordnung den prozentualen Anteil festlegen, wenn bundesweit akzeptierte Regelungen es für das jeweilige Programm rechtfertigen und in der Akkreditierung bestätigt werden.

(10) Den Gesamtnoten gemäß Spalte 1 werden in folgender Weise Prädikate zugeordnet:

Deutsche Note	Deutsche Definition	ECTS-Definition
1,0 – 1,24	ausgezeichnet	excellent
1,25 – 1,54	sehr gut	very good
1,55 – 2,54	gut	good
2,55 – 3,54	befriedigend	satisfactory
3,55 – 4,04	ausreichend	sufficient
4,05 – 5,00	nicht ausreichend	fail

(11) Die erfolgreichen Absolventen erhalten folgende ECTS-Grade:

- A die besten 10%,
- B die nächsten 25%,
- C die nächsten 30%,
- D die nächsten 25%,
- E die nächsten 10%.

Die ECTS-Grade werden erst ab dem Zeitpunkt im Zeugnis ausgewiesen, wenn für den jeweiligen Abschluss die Gesamtnoten von mindestens drei Jahrgängen vorliegen.

§ 12

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die Kandidatin einen für sie bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn sie eine Prüfung, zu der sie angetreten ist, ohne triftigen Grund abbricht. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird oder die Frist gemäß § 4 Abs. 2 überschritten wird.

(2) Der für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachte Grund muss der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Kandidatin kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes,

in Zweifelsfällen eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Der Krankheit der Kandidatin steht die Krankheit eines von ihr überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Erkennt die Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Gründe an, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Werden die Gründe nicht anerkannt, entscheidet unverzüglich der Prüfungsausschuss.

(3) Versucht eine Kandidatin, das Ergebnis einer Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, fertigt die zuständige Prüfende oder die Aufsichtführende hierüber einen Vermerk an. Die Kandidatin kann die Prüfung fortsetzen. Der Kandidatin ist Gelegenheit zur Stellungnahme über das Vorkommnis zu geben. Der Vermerk und die Stellungnahme sind unverzüglich dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Stellt der Prüfungsausschuss einen Täuschungsversuch fest, gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(4) Fehlerhafte oder unterlassene Angaben über benutzte Quellen (Plagiat) gelten als Täuschungsversuch, wenn Passagen, die veröffentlichten Arbeiten entnommen wurden, nicht als Zitat ausgewiesen sind.

(5) Eine Kandidatin, die während einer Prüfung schuldhaft einen Ordnungsverstoß begeht, durch den andere Studierende oder die Prüfenden gestört werden, kann von den anwesenden Prüfenden oder den Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden, wenn sie ihr störendes Verhalten trotz Ermahnung fortsetzt. Über das Vorkommnis wird ein Vermerk angefertigt, der unverzüglich der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorgelegt wird. Vor Feststellung des Prüfungsausschusses, ob ein Ordnungsverstoß vorliegt, ist der Kandidatin Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Stellt der Prüfungsausschuss einen Ordnungsverstoß nach Satz 1 fest, wird die Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet. Andernfalls ist der Kandidatin Gelegenheit zu geben, die Prüfungsleistung unverzüglich erneut zu erbringen.

(6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 13

Bestehen und Nichtbestehen

(1) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ ist. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen (Teilprüfungen), so muss in der Regel jede Prüfung bestanden sein. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann vorsehen, dass das Modul auch dann erfolgreich absolviert ist, wenn die Modulnote unter Einbeziehung nicht bestandener Teilprüfungen nach dem Verfahren von § 11 Abs. 8 mindestens mit „ausreichend“ bewertet ist (Kompensationsprinzip).

(2) Die Zwischenprüfung oder die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn alle jeweils geforderten Prüfungen bestanden und damit die geforderten Kreditpunkte erworben sind.

(3) Hat sich eine Studentin zu einer Prüfung im Pflichtbereich angemeldet und nicht von der ggf. möglichen Abmeldung Gebrauch gemacht, muss diese Prüfung einschl. ggf. erforderlicher Wiederholungen bestanden werden. Andernfalls ist die Prüfung endgültig nicht bestanden.

(4) Hat sich eine Studentin zu einer Prüfung im Wahlpflichtbereich angemeldet und nicht von der ggf. möglichen Abmeldung Gebrauch gemacht, gilt § 14 Abs. 2.

§ 14

Wiederholung der Prüfungen

(1) Prüfungen im Pflichtbereich können zweimal wiederholt werden. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann eine dreimalige Wiederholungsmöglichkeit vorsehen. Sie kann für die Wiederholung eine andere Prüfungsform zulassen.

(2) Für Prüfungen im Wahlpflichtbereich gilt: Die Studierende hat für jede Prüfung im Rahmen des WP-Bereichs zwei Wiederholungsmöglichkeiten und muss dabei nicht die gleiche Prüfung wiederholen.

(3) Bestandene Prüfungen können nicht wiederholt werden. Die im gleichen oder fachlich entsprechenden Studiengang an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland erfolglos unternommenen Versuche, in einem Fach eine Prüfungsleistung abzulegen, werden auf die Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten nach Absatz 1 und 2 angerechnet. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 15

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen, Kreditpunkte und Prüfungsleistungen in Studiengängen an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Sie sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Universität Bremen im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(2) Soweit mit anderen Hochschulen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen festgelegt worden ist, dass Studienzeiten, Studienleistungen, Kreditpunkte und Prüfungsleistungen sowie Module unter Beachtung von Absatz 1 gegenseitig anerkannt werden sollen, kann eine fachspezifische Prüfungsordnung nur dann genehmigt werden, wenn nachgewiesen ist, dass die Abstimmung der Leistungen und Module mit denen der Partnerhochschule erfolgt ist. Die pauschal jeweils anzuerkennenden Lehrveranstaltungen, Module und Prüfungen sind im Verzeichnisverzeichnis auszuweisen.

(3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in multimedialen oder vernetzten Studiengängen und in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Einschlägige praktische Studiensemester und berufspraktische Tätigkeiten sowie Kreditpunkte aus beruflicher Fortbildung werden nach näherer Bestimmung der fachspezifischen Prüfungsordnung angerechnet. Der Anteil der anerkannten Kreditpunkte darf 50 % der insgesamt im Studium geforderten Kreditpunkte nicht überschreiten.

(5) Studien- und Prüfungsleistungen, die besonders leistungsfähige Schülerinnen als Frühstudierende erfolgreich erbracht haben, können auf Antrag vom Prüfungsausschuss angerechnet werden, wenn sie nach Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Universität Bremen entsprechen.

(6) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen soweit die Notensysteme vergleichbar sind. Bei Notensystemen, deren Noten nicht in das System von § 11 übertragen werden können, wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen; es wird keine Gesamtnote gebildet. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(7) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(8) Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss gegebenenfalls nach Anhörung von Fachvertretern.

(9) Gegen ablehnende Entscheidungen kann die Studierende beim Prüfungsausschuss Widerspruch einlegen. Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, ist er an den zuständigen Fachbereich weiterzuleiten. Das Dekanat entscheidet über den Widerspruch nach Anhörung der Studierenden, des Prüfungsausschusses und gegebenenfalls der zuständigen Fachvertreterin.

§ 16

Prüfungsausschuss

(1) Die Fachbereiche bilden einen oder mehrere Prüfungsausschüsse, die für die VF, HF und NF des Fachbereichs zuständig sind. Für fächerübergreifende Studienprogramme können mehrere Fachbereiche einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus:

1. drei Mitgliedern des Fachbereichs, die Hochschullehrerinnen sind,
2. einem Mitglied der akademischen Mitarbeiterinnen des Fachbereichs,
3. einer Studierenden des Studiengangs bzw. der Studiengänge.

Der Fachbereichsrat kann die Zahl der Mitglieder erhöhen, wenn die Zahl der Studiengänge dies erfordert. Dabei müssen die Mitglieder nach Nr. 1 die Mehrheit bilden.

(3) Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 1 und Nr. 2 und ihre Stellvertreterinnen werden für die Dauer von zwei Jahren, die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 3 und ihre Stellvertreterinnen für die Dauer von einem Jahr durch die jeweiligen Vertreterinnen ihrer Gruppe im zuständigen Fachbereichsrat gewählt. Die Mitgliedschaft beginnt am Tag der ersten Sitzung des Prüfungsausschusses nach den Wahlen.

(4) Der Prüfungsausschuss wählt je ein Mitglied nach Absatz 2 Nr. 1 zur Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. Die Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte des Prüfungsausschusses; sie wird hierbei von der stellvertretenden Vorsitzenden unterstützt. Der Prüfungsausschuss kann der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden Zuständigkeiten zur alleinigen Entscheidung übertragen. Dem Prüfungsausschuss ist regelmäßig über die getroffenen Entscheidungen zu berichten. Betroffene Studierende können gegen Entscheidungen der Vorsitzenden beim Prüfungsausschuss Widerspruch einlegen. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder, darunter die Vorsitzende oder die stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der abgegebenen ggf. gewichteten Stimmen; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Vorsitzenden, bei deren Abwesenheit die Stimme der stellvertretenden Vorsitzenden. Bei Beschlussunfähigkeit wird der Prüfungsausschuss erneut zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen; er ist dann bei Anwesenheit der Vorsitzenden oder der stellvertretenden Vorsitzenden ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn darauf in der Einladung hingewiesen worden ist. Stellt die Vorsitzende oder im Verhinderungsfall die stellvertretende Vorsitzende fest, dass eine Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Prüfungsausschuss fällt, keinen Aufschub bis zur nächst möglichen Sitzung duldet, entscheidet sie selbst. Der Prüfungsausschuss muss in seiner nächsten Sitzung über die Entscheidung unterrichtet werden.

(6) Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind Protokolle zu fertigen. Jedes Protokoll muss Angaben enthalten über den Ort und Tag der Sitzung, die Namen der Vorsitzenden und der anwesenden Ausschussmitglieder, den behandelten Gegenstand, die gestellten Anträge und die gefassten Beschlüsse. Das Protokoll ist von der Vorsitzenden zu unterzeichnen.

(7) Der Prüfungsausschuss ist für die Organisation der Prüfungen und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben verantwortlich. Er beschließt abschließend über

- a) die Folgen von Verstößen gegen die Prüfungsvorschriften,
- b) Bestehen und Nicht-Bestehen der Zwischenprüfung und Bachelorprüfung,
- c) die Anrechnung von Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen,
- d) die Festsetzung von Anmeldeterminen für Prüfungen,
- e) die Bestellung von Prüferinnen, Beisitzerinnen und Gutachterinnen,

- f) die Ausgabe und Verlängerung der Bearbeitungszeit der Bachelorarbeit,
- g) die Gesamtnote der Zwischenprüfung und Bachelorprüfung,
- h) die Ungültigkeit von Zwischenprüfung und Bachelorprüfung,
- i) die Ausgabe von Zeugnissen, Urkunden und Diploma Supplements,
- j) die Ausgabe von Bescheiden.

Der Prüfungsausschuss des VF oder HF entscheidet die Angelegenheiten der Buchstaben a) bis j) auch für General Studies, Fachdidaktik und Schlüsselqualifikationen im Professionalisierungsbereich. Über Angelegenheiten der Buchstaben c) bis e) der Nebenfächer und der Erziehungswissenschaften entscheidet der Prüfungsausschuss des betreffenden Fachs.

(8) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen sowie der Beratung und der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse beizuwohnen.

(9) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig den Fachbereichen über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Bachelorarbeit sowie über die Verteilung der Noten der einzelnen Prüfungen sowie der Gesamtnoten. Der Bericht ist in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu machen. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Studienpläne, der Studien- und Prüfungsordnungen.

(10) Der Prüfungsausschuss kann dem Prüfungsamt die Aufgaben gemäß Absatz 7 Buchstaben b), c), d), g) und i) übertragen, so weit sich die Entscheidungen unzweifelhaft aus den vorliegenden Daten und Unterlagen ergeben. In Zweifelsfällen und über die Abhilfe der Widersprüche entscheidet der Prüfungsausschuss.

(11) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreterinnen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 17

Prüferinnen und Beisitzerinnen

Prüferinnen und Beisitzerinnen werden gemäß § 62 Abs. 3 des Bremischen Hochschulgesetzes vom Prüfungsausschuss bestellt. Beisitzerinnen müssen ihren Abschluss nicht im gleichen Prüfungsfach erworben haben, sie führen das Protokoll und wirken beratend an der Bewertung der Prüfungsleistung mit.

§ 18

Ungültigkeit der Bachelorprüfung

(1) Hat die Kandidatin bei einer Prüfung getäuscht und wird die Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Note der Prüfung berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die Prüfung für „nicht ausreichend“ und die Bachelorprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird der Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass sie die Prüfung ablegen konnte, so kann die Prüfung für „nicht ausreichend“ und die Bachelorprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(3) Der Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Bachelorurkunde einzuziehen, wenn die Bachelorprüfung auf Grund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

§ 19

Bescheide, Rechtsmittel, Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Wenn eine Studentin den Studiengang wechselt oder die Universität verlässt, wird ihr auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine Bescheinigung über ihre Studienleistungen und Prüfungen ausgestellt.

(2) Werden Prüfungsentscheidungen mit dem Rechtsbehelf des Widerspruchs angefochten, entscheidet, soweit der Prüfungsausschuss diesem nicht abhilft, der zentrale Widerspruchsausschuss der Universität Bremen; der Widerspruch ist dem Widerspruchsausschuss unverzüglich zuzuleiten.

(3) Der Widerspruchsausschuss wird vom Akademischen Senat gewählt. Er besteht aus drei Hochschullehrerinnen, einer Akademischen Mitarbeiterin und einer Studierenden. Die Amtszeit der Studierenden beträgt ein Jahr, die der anderen Mitglieder zwei Jahre.

(4) Der Widerspruchsausschuss entscheidet nach Anhörung der Beteiligten unverzüglich über einen Widerspruch.

(5) Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend bei Widersprüchen gegen die Bewertung von Prüfungsvorleistungen mit der Maßgabe, dass über diese Widersprüche der Prüfungsausschuss abschließend entscheidet.

(6) Der Prüfungsausschuss macht Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und Fristen sowie andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses mit rechtsverbindlicher Wirkung auf geeignete Weise bekannt.

(7) Der Kandidatin muss in schriftliche Prüfungsarbeiten nach der Bewertung umgehend Einsicht ermöglicht werden.

(8) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Studiums wird der Kandidatin auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in die Prüfungsprotokolle gewährt.

II.

Abschnitt

Zwischenprüfung und Bachelorprüfung

§ 20

Zeugnis der Zwischenprüfung

(1) Über die bestandene Zwischenprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Es enthält nach Maßgabe der fachspezifischen Prüfungsordnung die Bezeichnung der geforderten Studienleistungen, Module und Prüfungen, die in den Prüfungen erzielten Noten und eine Gesamtnote. Auf Antrag werden weitere erfolgreiche Prüfungen und Studienleistungen, die über das von der fachspezifischen Prüfungsordnung Verlangte hinausgehen und im Studiengang erbracht wurden (Zusatzfächer), im Zeugnis ausgewiesen.

(2) Das Zeugnis wird in deutscher Sprache ausgestellt. Datum des Zeugnisses ist das Datum der letzten Prüfung, die für das Bestehen der Zwischenprüfung abgelegt wurde.

(3) Für die Bildung der Gesamtnote der Zwischenprüfung gilt § 11 Abs. 8 entsprechend.

(4) Hat die Kandidatin die Zwischenprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihr auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungen und deren Noten sowie die erlangten Kreditpunkte enthält und erkennen lässt, dass die Zwischenprüfung nicht bestanden ist.

§ 21

Zweck der Bachelorprüfung

Die Bachelorprüfung bildet den wissenschaftlichen berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums in dem jeweiligen Studiengang. Durch die Bachelorprüfung wird festgestellt, ob die Kandidatin die Zusammenhänge ihres Faches überblickt, die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden und die für den Übergang in die Berufspraxis oder die wissenschaftliche Weiterqualifikation notwendigen Fachkenntnisse erworben hat.

§ 22

Gegenstand, Art und Umfang der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung besteht aus:

1. den studienbegleitenden Prüfungen des Studiums,
2. der Bachelorarbeit und gegebenenfalls dem Kolloquium über das Thema der Bachelorarbeit.

(2) Die fachspezifische Prüfungsordnung bestimmt,

- in welchen Prüfungsgebieten des Pflicht- und Wahlpflichtbereichs welche Kreditpunkte mindestens zu erwerben sind,
- welche Prüfungen und Prüfungsvorleistungen zu erbringen sind,
- wie viele Kreditpunkte für die Bachelorarbeit (ggf. einschl. Kolloquium) vergeben werden,
- ob nach der Bachelorarbeit ein Kolloquium stattfindet und ggf. wie die Bewertung in die Gesamtnote eingeht,

- wie viele Kreditpunkte erworben sein müssen, bevor die Bachelorarbeit angemeldet werden kann.

(3) Studierende können beantragen, dass Studien- und Prüfungsleistungen, die über das in der fachspezifischen Prüfungsordnung Geforderte hinausgehen, im Zeugnis als Zusatzfächer ausgewiesen werden. Die Noten werden bei der Gesamtnotenbildung nicht berücksichtigt.

§ 23

Bachelorarbeit

(1) Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin in der Lage ist, ein Problem selbstständig wissenschaftlich und methodisch innerhalb einer vorgegebenen Frist zu bearbeiten.

(2) Für die Bachelorarbeit werden mindestens 8 und maximal 12 Kreditpunkte vergeben. Die fachspezifische Prüfungsordnung legt die mit der Bachelorarbeit zu erwerbenden Kreditpunkte fest sowie die Bearbeitungszeit unter Berücksichtigung der CP, die nach dem Studienplan zeitgleich mit der Bachelorarbeit erworben werden müssen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Bachelorarbeit sind so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung der Bachelorarbeit eingehalten werden kann. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag die Bearbeitungsfrist ausnahmsweise verlängern; die fachspezifische Prüfungsordnung regelt die höchstmögliche Verlängerungsfrist, sie darf ein Drittel der Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit nicht überschreiten.

(3) Der Kandidatin ist Gelegenheit zu geben, für das Thema und die Gutachterinnen Vorschläge zu machen. Lehnt eine vorgeschlagene Gutachterin ab, so bestellt der Prüfungsausschuss unverzüglich eine andere. Soll die Bachelorarbeit als Gruppenarbeit angefertigt werden, steht das Recht, Vorschläge zu machen, der Gruppe gemeinsam zu. Den Vorschlägen der Kandidatin oder der Gruppe ist nach Möglichkeit zu entsprechen. Der insgesamt erforderliche Arbeitsaufwand für eine Gruppenarbeit muss über die Anforderungen an eine Einzelaufgabe angemessen hinausgehen; die Arbeit der Einzelnen muss den Anforderungen an eine Bachelorarbeit genügen und einzeln bewertbar sein.

(4) Von jeder Kandidatin ist ein Antrag auf Genehmigung des vorgesehenen Themas beim Prüfungsausschuss einzureichen. Der Antrag muss enthalten:

- das Thema,
- die schriftliche Zustimmung der Betreuerin, die das Thema gestellt hat,
- die Angabe, ob die Arbeit als Einzel- oder als Gruppenarbeit angefertigt werden soll; ggf. sind die anderen Gruppenmitglieder zu nennen.

(5) Der Prüfungsausschuss genehmigt das Thema der Bachelorarbeit. Das Thema einer Bachelorarbeit kann nur einmal und nur innerhalb von vier Wochen nach Ausgabe zurückgegeben werden.

(6) Mit der Genehmigung des Themas bestellt der Prüfungsausschuss die Betreuerin als Gutachterin. Die zweite Gutachterin wird spätestens mit Abgabe der Arbeit bestellt. Der Prüfungsausschuss bestimmt den

Termin des Bearbeitungsbeginns. Das Thema wird der Kandidatin oder den Kandidatinnen über die Vorsitzende des Prüfungsausschusses bekannt gegeben. Der Ausgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(7) Die Bachelorarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. Die fachspezifische Prüfungsordnung kann andere Sprachen zulassen, die mit dem Studium in Zusammenhang stehen.

(8) Die Bachelorarbeit ist beim Prüfungsamt vor Ablauf der Bearbeitungsfrist in drei Exemplaren einzureichen; soweit möglich, soll auch eine Version in digitaler Form eingereicht werden. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(9) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit hat die Kandidatin schriftlich zu versichern, dass sie die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit die von ihr zu verantwortenden, entsprechend gekennzeichneten Teile - selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quellen kenntlich zu machen.

(10) Die Bachelorarbeit wird von den Gutachterinnen innerhalb von drei Wochen getrennt benotet; der Bachelor-Prüfungsausschuss kann Gutachterinnen, die eine hohe Zahl von Bachelorarbeiten begutachten müssen, eine angemessen längere Frist gewähren.

(11) Die Note der Bachelorarbeit oder des von der einzelnen Kandidatin zu verantwortenden Teils der Gruppenarbeit ergibt sich aus dem Durchschnitt der Bewertungen der Gutachterinnen. Beträgt die Notendifferenz zwei volle Notenstufen oder mehr, bestellt der Prüfungsausschuss zur abschließenden Bewertung eine weitere Gutachterin. Die Bewertung ergibt sich dann aus dem Durchschnitt der beiden besten Bewertungen. Die Bachelorarbeit kann in diesem Fall nur als bestanden gelten, wenn mindestens zwei Gutachterinnen die Arbeit mit „ausreichend“ oder besser bewerten. Nach abschließender Feststellung der Bewertung der Bachelorarbeit werden der Kandidatin die Gutachten und die Bewertungen zur Kenntnis gegeben.

(12) Für den Fall, dass die Bachelorarbeit oder ein Teil einer Gruppenarbeit mit „nicht ausreichend“ benotet wird, wird der betreffenden Kandidatin auf Antrag ein neues Thema gegeben; der Antrag kann innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Benotung gestellt werden. Für die zweite Bachelorarbeit gelten die Absätze 1 bis 11 entsprechend, eine Rückgabe des Themas nach Absatz 5 ist jedoch nur möglich, wenn die Kandidatin bei der Anfertigung der ersten Bachelorarbeit von dieser Möglichkeit noch keinen Gebrauch gemacht hat. Wird auch die zweite Arbeit mit „nicht ausreichend“ benotet, ist ein Bestehen der Bachelorarbeit nicht mehr möglich.

§ 24

Kolloquium zur Bachelorarbeit

(1) Die fachspezifische Prüfungsordnung kann vorsehen, dass die Kandidatin in einem Kolloquium zur Bachelorarbeit nachweisen muss, dass sie in einer Auseinandersetzung über den Themenbereich der Bachelorarbeit die erarbeiteten Lösungen selbstständig fachübergreifend und problembezogen auf wissenschaftlicher Grundlage vertreten kann. Die Zulassung

zum Kolloquium setzt voraus, dass die Bachelorarbeit mindestens mit „ausreichend“ benotet ist. Das Kolloquium soll zum nächstmöglichen Termin, spätestens acht Wochen nach Abgabe der Bachelorarbeit stattfinden.

(2) Das Kolloquium wird gemeinsam von den Gutachterinnen der Bachelorarbeit als Einzelprüfung oder im Falle einer Gruppenarbeit als Gruppenprüfung durchgeführt. Die Dauer des Kolloquiums beträgt mindestens 20 und höchstens ca. 40 Minuten, sie ist bei einer Gruppenprüfung angemessen zu verlängern.

(3) Ist die Note des Kolloquiums nicht mindestens „ausreichend“, so wird auf Antrag der Kandidatin das Kolloquium einmal wiederholt. Wird binnen zwei Wochen kein Antrag gestellt, so gilt die Bachelorarbeit als „nicht bestanden“.

(4) Für Bachelorarbeit und Kolloquium wird eine gemeinsame Note gebildet. Die fachspezifische Prüfungsordnung legt die prozentualen Anteile fest, mit denen die Noten der Bachelorarbeit und des Kolloquiums in die gemeinsame Note eingehen.

(5) Das Kolloquium ist universitätsöffentlich. Auf Wunsch der Kandidatin soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

(6) Über das Kolloquium ist für jede Kandidatin ein Protokoll anzufertigen und zu den Prüfungsakten zu nehmen. Es enthält Angaben über die Gutachterinnen, die anwesenden Mitglieder des Prüfungsausschusses, den Gegenstand, die Dauer und den Verlauf der Prüfung, die Bewertungen sowie über die erteilte Prüfungsnote. Das Protokoll ist von den Prüferinnen zu unterzeichnen.

§ 25

Voraussetzungen für den Abschluss der Bachelorprüfung

Für die Ausstellung eines Zeugnisses über die Bachelorprüfung und die Verleihung des Bachelorgrades müssen die Nachweise über die nach Maßgabe der fachspezifischen Prüfungsordnungen erforderlichen Kreditpunkte und Prüfungen, die mit mindestens „ausreichend“ bewertet sind, vorliegen.

§ 26

Zeugnis der Bachelorprüfung und Bachelor-Urkunde

(1) Über die bestandene Bachelorprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält:

- das Thema und die Bewertung von Bachelorarbeit und ggf. Kolloquium nach Maßgabe der fachspezifischen Prüfungsordnung,
- die im Studium erzielten Noten der Prüfungen nach Maßgabe der fachspezifischen Prüfungsordnung,
- die Gesamtnote der Bachelorprüfung und den ECTS-Grad gem. § 11,
- ggf. Kennzeichnung von Prüfungsleistungen im Rahmen eines Auslandssemesters,
- ggf. Ausweis von in das Studium integrierten Praktika,
- ggf. Gegenstand und Noten der Zusatzfächer gem. § 22 Abs. 3.

Die fachspezifische Prüfungsordnung kann vorsehen, dass das Zeugnis weitere Angaben enthält.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Bachelorprüfung erhält die Kandidatin die Bachelor-Urkunde. Beide tragen das Datum der letzten bestandenen Prüfungsleistung. Das Zeugnis wird von der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ihrer Stellvertreterin unterzeichnet. In der Urkunde wird die Verleihung des Bachelorgrades gemäß Absatz 5 beurkundet. Die Urkunde weist das studierte Fach bzw. die Fächer (VF, HF bzw. NF) sowie den Bachelorgrad aus. Die Urkunde wird von der Dekanin oder der Prodekanin des Fachbereichs und von der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ihrer Stellvertreterin unterzeichnet. Die Urkunde und das Zeugnis werden mit dem Siegel der Universität Bremen versehen.

(3) Die Universität stellt ein Diploma Supplement aus, das von der Dekanin oder ihrer Stellvertreterin unterschrieben und mit dem Siegel der Universität versehen wird.

(4) Urkunde, Zeugnis und Diploma Supplement sind in deutscher und englischer Sprache auszuhändigen.

(5) Für die Bachelorgrade sind folgende Bezeichnungen ohne weitere Zusätze zu verwenden:

Vollfach / Hauptfach	Gradbezeichnung
Sprach- und Kulturwissenschaften Sport, Sportwissenschaft Sozialwissenschaft Kunstwissenschaft Fachbezogene Bildungswissenschaften	Bachelor of Arts (B.A.)
Mathematik, Naturwissenschaften Ernährungswissenschaften	Bachelor of Science (B.Sc.)
Ingenieurwissenschaften	Bachelor of Science (B.Sc.) oder Bachelor of Engineering (B.Eng.)
Wirtschaftswissenschaften	Bachelor of Arts (B.A.) oder Bachelor of Science (B.Sc.)
Rechtswissenschaften	Bachelor of Laws (LL.B.)

Bei interdisziplinären Studiengängen richtet sich die Abschlussbezeichnung nach demjenigen Fachgebiet, dessen Bedeutung im Studiengang überwiegt; bei den Ingenieurwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften richtet sie sich nach der inhaltlichen Ausrichtung des Studiengangs.

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 27

In-Kraft-Treten und Übergangsregelung

(1) Der Allgemeine Teil der Bachelorprüfungsordnungen der Universität Bremen tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft. Er gilt für alle Studierenden in Bachelorstudiengängen, die im Wintersemester 2005/06 an der Universität Bremen neu eingerichtet sind.

(2) Studierende in Bachelorstudiengängen, die im Sommersemester 2005 immatrikuliert sind, beenden ihr Studium nach der Prüfungsordnung, die zum Zeitpunkt ihres ersten Fachsemesters in Kraft war.

(3) Der Allgemeine Teil der Bachelorprüfungsordnungen vom 14. Juli 2004 tritt zum 30. Sept. 2009 außer Kraft. In begründeten Einzelfällen kann der Prüfungsausschuss auch noch später Prüfungen nach der Prüfungsordnung vom 14. Juli 2004 zulassen, wenn die Kandidatin die Verzögerung nicht zu vertreten hat.

(4) Die im Sommersemester 2005 bereits in Kraft befindlichen fachspezifischen Bachelorprüfungsordnungen der Universität sind innerhalb von einem Jahr nach In-Kraft-Treten des vorliegenden Allgemeinen Teils an diesen anzupassen.

Bremen, den 14. September 2005

Der Senator für
Bildung und Wissenschaft